

# Danziger Zeitung.



# Beitung.

Nr. 16957.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahmen von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettwigerstrasse Nr. 4, und bei allen Kassier, Post & Staaten des In- und Auslandes entgegennommen. — Preis pro Quartal 4.50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Interessenten können für die sieben geplanten gewöhnliche Säulen oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsanträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1888.

## Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 6. März. (W. T.) Der Kaiser ist gestern mit gutem Appetit. Die Aerzte wünschen, daß er sich noch im Bett hält. Der Schlaf war in der letzten Nacht zwar mehrmals unterbrochen, der Zustand ist jedoch durchaus unbedenklich. Für heute sind Vorträge angezeigt.

San Remo, 5. März. Abends 10½ Uhr. (W. T.) Der Kronprinz verweilte im Laufe des Tages mehrmals einige Zeit auf dem Balkon. Der Husten hat nachgelassen; das Allgemeinbefinden und der Appetit sind gut.

Konstantinopel, 6. März. (W. T.) Nach einer Meldung der „Ag. Hav.“ hat der gestrige Ministerrat den russischen Antrag, betr. die Notification der Illegalität des Prinzen von Coburg, angenommen und beschlossen, die Notification an die bulgarische Regierung zu richten. Der Sultan hat den Beschluss sanctionirt und die Pforte Stambulow die Illegalität des Prinzen von Coburg notifiziert.

Wien, 6. März. (W. T.) Wie das „Fremdenblatt“ berichtet, dürfte die nächste ordentliche Session der Delegationen in der zweiten Hälfte des Monats Mai eröffnet werden.

## Prinz Wilhelm, Kronprinz und Kaiser.

Die anfänglich mit durch die Umstände nicht gerechtfertigten Zweifeln aufgenommenen Meldungen, daß bezüglich einer befränkten Vertretung des Kaisers und Königs in Abwesenheit des Kronprinzen durch den Prinzen Wilhelm Bestimmungen getroffen worden seien, haben sehr schnell ihre Bestätigung durch die vollzogene Bestellung eines vortragenden Raths für den Prinzen Wilhelm in der Person des Geh. Reg.-Raths v. Brandenstein bei dem Magdeburger Oberpräsidium gefunden. Die Bestellung eines Generals, der beauftragt ist, dem Prinzen Wilhelm Vorträge über militärische Angelegenheiten zu erstatten, und des Prof. Gneist zu Vorträgen über staatsrechtliche Angelegenheiten steht mit jener Bevollmächtigung des Prinzen Wilhelm im indirekten Zusammenhang. Die Parteistellung des Professors Gneist auf dem äußersten Flügel der national-liberalen Partei, der sich fast in nichts als dem Namen von den Freiconservativen-Gouvernementalen unterscheidet, ist bekannt. Reg.-Rath v. Brandenstein wird vielfach als politisch neutral bezeichnet; in Wirklichkeit gehört derselbe der conservativen Partei an. Dass die in Rede stehende Cabinetsordre, wie heute Morgen telegraphisch gemeldet ist, von Ende November v. J. datirt ist, müßte überraschen, wenn man nicht gewohnt wäre, offiziösen Dementis die verdiente Bedeutung beizulegen. Möglicher Weise ist die Cabinetsordre, welche nach den Einen unter direkter Zustimmung, nach den Anderen mit Kenntnisnahme des Kronprinzen erlassen ist, zurückdatirt worden.

An einem Einspruch des Kronprinzen gegen eine solche Bevollmächtigung ist übrigens gar nicht zu denken, da diese Vollmachten von dem Augenblick an hinfällig werden würden, wo die Gefundheit des Kronprinzen die Rückkehr desselben nach Berlin und die Uebernahme gewisser Geschäfte ermöglichen sollte. Jetzt ist allerdings von einer möglicher Weise bald erfolgenden Rückkehr des Kronprinzen die Rede; leider aber ist dieselbe unter ganz anderen Voraussetzungen in Frage gekommen, als diejenigen sind, von denen die „Kreuzzeit.“ §. 3. die Rückkehr nach der Heimath abhängig machte. Behnlich ist der Aufenthalt an der Riviera in den Monaten April, Mai wegen der dort zu jener Zeit herrschenden scharfen Winde für Kranken sehr gefährlich. Es müßte also ein neuer Ortswechsel eintreten, und da liegt, insbesondere mit Rücksicht auf den Charakter der Krankheit und etwaige neue Krisen in der Entwicklung derselben, der Gedanke einer Rückkehr nach der Heimath außerordentlich nahe. Wie bereits neulich gemeldet, haben der Kaiser und die Kaiserin bei der offensuren Unmöglichkeit einer Reise nach San Remo die Rückkehr des Kronprinzen dringend gewünscht. In der That bezog sich denn auch die Reise des Prof. v. Bergmann auf diese Eventualität. Jetzt, wo eine Besserung in dem Befinden des Kranken in Aussicht steht, ist der Gedanke wieder aufgenommen worden. Nach der Ansicht des Prof. v. Bergmann ist zu erwarten, daß im Laufe des März eine neue Krisis in dem Befinden des Kronprinzen nicht eintritt und somit eine Wiederherstellung der Kräfte eintritt, welche vielleicht die Rückkehr nach Berlin in einigen Wochen als möglich erscheinen läßt.

Die Meldungen über ein Unwohlsein des Kaisers haben um so größeres Aufsehen hervorgerufen, als gleichzeitig bekannt wurde, daß Prinz Wilhelm seine Rückkehr aus San Remo beschleunigt habe. Indessen liegt, wie uns geschrieben wird, kein Grund zu akuten Befürchtungen vor, wenn auch, wie es übrigens selbstverständlich, die Last des Alters und die mit demselben notwendig verbundenen Erscheinungen mehr hervortreten.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 6. März.

In der italienischen Deputirtenkammer gedachte gestern der Deputirte Gonino Sidnei der Krankheit des deutschen Kronprinzen und erklärte, die italienische Nation verfolge mit inniger Theilnahme die von dem Kronprinzen, dem Gaste Italiens und dessen aufrichtigem Freunde,

mit solcher Ergebenheit ertragenen Leiden. Er sei überzeugt, daß die Kammer damit einverstanden sein werde, dem Kronprinzen, der Kronprinzessin und den kaiserlichen Majestäten, sowie dem ganzen deutschen Reich im Namen der ganzen italienischen Nation ihre innigste Theilnahme und herzlichsten Wünsche für die Wiederherstellung des Kronprinzen auszusprechen. (Lebhafte Beifall). Der Ministerpräsident Crispi schloß sich den Ausführungen des Redners an und erklärte, Italien entbiete seinem erlauchten Gaste, dem Freunde seines Königs, die besten Grüße und wünsche, daß er seine volle Gesundheit wiedererlange und dereinst das mächtige deutsche Reich regieren möge. Die Kammer sprach dem erhaltenen Kranken ihre innigste Sympathie und tiefe Ergebenheit aus. (Lebhafte allseitige Zustimmung.)

Der Präsident der Kammer erklärte hierauf, obwohl die Kammer einstimmig für den Antrag Sonnino zu sein scheine, müsse er doch darüber abstimmen zu lassen. Die Kammer nahm den Antrag einstimmig an.

Die Bestätigung des Greifensegger Wahlerfolges der Freisinnigen liegt nunmehr vor. Das amtliche Resultat der Reichstagswahl ist folgendes: Im ganzen wurden abgegeben 10 972 St.; davon entfallen 5597 St. auf den Stadtdiputaten von Stettin Dr. Roth und 5375 St. auf den Major a. D. v. Kötter zu Hoff (Deutsch-Con.). Der Erstere ist mithin gewählt.

Die Freisinnigen haben also seit dem 20. Febr. wo sie 3596 Stimmen erhielten, um 2001 Stimmen zugenommen, die Conservativen, deren beide Candidaten zusammen im ersten Wahlgange 5041 Stimmen auf sich vereinigten, nur um 384. Da sie aber immerhin einen Zuspruch in der Stichwahl zu verzeichnen haben, können sie ihre Niederlage auch nicht mit gefunkener Beileidigung der conservativen Wählerschaft bekräftigen. Es ist eben nichts an der Thatache zu ändern, daß auch in dem bisher festgestellten conservativen Wahlkreise die conservative resp. kartell-genossenschaftliche Wählerschaft zusammengekommen ist, die freisinnige einen frischen, kräftigen Aufschwung genommen hat, und daß die Morgenröthe einer besseren Zeit gerade in einem der dunkelsten Wahlkreise zum siegreichen Durchbruch kommt, das gibt um so bessere Garantien ihrer Nachhaltigkeit.

## Zur Geschäftslage im Jahre 1887.

In dem Jahresberichte für 1887, welchen die Handelskammer von Bremen soeben festgestellt hat, wird die Geschäftslage in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres im allgemeinen eine zufriedenstellende genannt; „sowohl Bandfuhrl- als auch Lizenziat erfreuen sich einer guten Nachfrage, besonders war für die ersten volle Beschäftigung vorhanden; hin und wieder zeigten sich sogar die Arbeitskräfte nicht ganz ausreichend.“ „Die zweite Hälfte des Jahres“, heißt es dann aber weiter, „ließ dagegen in fast allen Artikeln unserer Branche sowohl in Bezug auf Nachfrage wie auf Preise sehr viel zu wünschen übrig und dürfte mit zu den unbeständigsten Herbstsemestern gehören, die seit einer Reihe von Jahren dagewesen sind. Abwärtsbewegungen in den Preisen, Qualitäten und Lönen konnten deshalb nicht ausbleiben, und es mußten die Betriebe bzw. die Arbeitskräfte vielfach verringerkt oder aber die Arbeitszeit eingefränt werden, worunter selbstredend auch die Arbeiter zu leiden hatten. Die Ursachen dieser Störung sind teilweise in der für unseren Artikel ungünstigen Mode, andertheils aber auch in den allgemeinen politischen Verhältnissen zu suchen, die kein rechtes Vertrauen auskommen ließen.“

In den Berichten über die einzelnen Industriezweige wird mehrfach über den Einfluß der Schutzhollpolitik unserer Nachbarn geklagt. So wird bezüglich der Spitzenbranche gemeldet, daß während einer längeren Periode des Jahres „noch immer genügende Beschäftigung“ vorgelegen habe, während eines anderen Theiles des Jahres aber ein Mangel an Ordres recht fühlbar zu Tage getreten sei und viele Maschinen hätten stillgelegt werden müssen, und daß die Grinde dieser Erscheinung in dem Verhalten des Auslandes zu suchen seien. „Dem schon früher verloren gegangenen russischen Absatzgebiete ist leider in Folge der hohen Zölle auch Österreich-Ungarn hinzugetreten. In Frankreich und Italien sind unter dem Schuh hoher Zölle neue Spitzensfabriken entstanden, deren Vorhandensein bei uns sich empfindlich fühlbar zu machen beginnt; namentlich droht der so aufnahmefähige italienische Markt gänzlich verloren zu gehen, wenn es nicht gelingt, die jüngste mit dem 1. Januar c. in Kraft getretene Zoll erhöhung auf Spitzen von 3 Frs. auf 7 Frs. pro Kilo von unserem Artikel, der bekanntlich lediglich eine Nachahmung der echten Spitze bildet, abzuwenden.“ Auch der Absatz von gewebten Gummiwaren, von Eisengarn, von Metallknöpfen, von glatten Buntbahnen und Glascartons hat durch hohe Schutzzölle des Auslandes gelitten. Von der Klavierfabrikation wird geklagt: „Im Innlande wirkte die Arzeforschung lähmend auf das Geschäft, während die in ihren Wirkungen nur wenig hinter Einfuhrverboten zurückstehenden Zoll erhöhungen mehrerer Nachbarländer (Rußland, Österreich, Italien) ein Uebriges thaten.“

Die Zunahme der handelspolitischen Verschuldung Europas.

Der jetzt mit großer Särfse begonnene Zollkrieg zwischen Frankreich und Italien wird, wie mit Sicherheit zu hoffen ist, nach längerer oder kürzerer Dauer in einem verständigen Friedensschluß sein Ende finden. Wie stark auch in

beiden Ländern im Laufe der letzten Jahre die schutzhollnerische Strömung geworden sein und wie tief ein gespanntes politisches Verhältnis auch die Handelsbeziehungen beeinflussen mag, so sind doch hüben und drüben allzu gewichtige wirtschaftliche Interessen an der Wiederherstellung eines leidlich friedlichen Verkehrs beteiligt, als daß der Kampf bis aufs äußerste getrieben werden könnte. Außer Zweifel steht leider nur, daß, gleichviel ob der friedliche Ausgleich früher oder später erfolgt, gleichviel ob er auf beiden Seiten geringe oder ansehnliche Concessions herbeiführt, das Resultat des Kampfes in jedem Falle eine Zunahme der handelspolitischen Verschuldung sein wird, welche von Jahr zu Jahr mehr zwischen den Staaten des europäischen Continents Platz greift. Der jetzt abgelaufene Vertrag hat sowohl im italienischen als im französischen Tarif für mehrere Hunderte von Artikeln entweder Zollfreiheit stipuliert oder gewisse Zollsätze gebunden. Bei einem neuen Vertrag kann es sich nur um eine mehr oder minder weitgehende Abschwächung der früheren Vereinbarungen handeln. Italien hat bereits durch den neuen Vertrag mit Österreich gezeigt, daß es, wenn auch nicht alle Conventionaltarifen abgelehnt, doch seine vollpolitisches Autonomie durchaus nicht mehr in dem früheren Umfang binden will; der auch nur unter manigfachen Schwierigkeiten zu Stande gekommene Vertrag hebt für einen großen Theil der früher gebundenen Zollsätze jede Verpflichtung auf und läßt im übrigen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, durchweg beträchtliche Zoll erhöhungen zu. Frankreich hat bisher an den in den Jahren 1881 und 1882 abgeschlossenen Verträgen mit Conventional-Tarifen noch im wesentlichen festgehalten; der Verfall des mit Italien abgeschlossenen Vertrages reißt die erste große Lücke in dieses wichtige Vertrags-System Frankreichs, welches mittels der Meistbegünstigungsclausul zugleich für so viele Verträge zwischen anderen Staaten eine feste Grundlage bietet.

Es ist kaum anzunehmen, daß diese Grundlage, wenn sie erst durch den Zollkrieg mit Italien abgeschlossen Vertrages reißt die erste große Lücke in dieses wichtige Vertrags-System Frankreichs, welches mittels der Meistbegünstigungsclausul zugleich für so viele Verträge zwischen anderen Staaten eine feste Grundlage bietet.

## Die Schweiz und Deutschland.

In Beantwortung eines Artikels der „Nordb. Allg. 3.“ bezüglich eines von dem „Lörracher Boten“ abgebrachten, gegen Deutschland sehr gehässig gehaltenen Faschingsgedichtes verwahren die „Baseler Nachrichten“ dagegen, daß das Machwerk als öffentliche Bekundung der in der Schweiz gegenüber Deutschland herrschenden Feindsinn bezeichnet werde. Jenes Gedicht sei der Baseler Presse erst durch den Lörracher „Oberländer Boten“ bekannt geworden; selbst die Baseler Polizei habe das Gedicht erst auf diesem Wege kennen gelernt. Dies beweise genügend, daß es nur in wenigen Exemplaren verbreitet worden, da ein Baseler Bürger fast die ganze Auflage verbrannt habe. So lange keine Klage eingereicht, könne die Staatsmacht nicht gegen die Druckerei vorschreiten; ebenso wenig könne der Bundesrat eine Untersuchung einleiten, so lange von auswärts kein Kläger auftrate. Was die freundlichsten Beziehungen der Schweiz zu Deutschland betreife, so beruhen dieselben auf Verhältnissen zu ernster und entscheidender Natur, als daß sie durch frivole Mittel jemals gestört werden könnten.

## Die serbischen Wahlen.

Der „Politischen Correspondenz“ wird aus Belgrad über die Wahlen zur Skupština gemeldet, daß auf die Radikale 130, auf die Liberalen 12 und auf Candidaten, die keiner Partei zugehören, 7 Mandate gefallen seien. Ausständig seien noch sechs Wahlen.

## Bei der Berathung des französischen Kriegsbudgets

in der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer fragte der Abgeordnete La Terronans an, ob der Minister dieses Jahr die ganze Altersklasse einzuberufen beabsichtige und ob die Municipalräthe für das gesamte Contingent oder für den einzuberufenden Theil desselben für die Ernährer der Familien Ausnahmen verlangen könnten. Der Kriegsminister Logerot bedauerte, keine bestimmte Antwort so lange vorher geben zu können; allein nichts hindere die Municipalräthe, sich mit ihren Nachforschungen auf den ersten Theil der Einzuberufenden zu beschränken.

Der Deputierte Heller wies auf den häufigen Wechsel im Kriegsministerium und auf die nach und nach eingetreteten Herabsetzungen des Kriegsbudgets hin, wodurch die militärische Stellung Frankreichs schwer beeinträchtigt würde; diese Reductionen nötigten zur Schwächung der Compagnies durch vorzeitige Beurlaubungen. Es sei notwendig, hier eine Besserung zu schaffen. Der Kriegsminister erwiderte, im Jahre 1887 wäre man allerdings aus verschiedenen Ursachen zu zahlreicher Beurlaubungen genötigt gewesen; im Jahre 1888 habe sich jedoch die Situation verbessert und es würden 19 000 Mann, welche im vergangenen Jahre zurückgestellt wurden, dem Effectivstand eingereiht werden können. Es sei wünschenswerth, die Compagnies auf einen Effectivstand von 125 Mann zu bringen, jedoch seien hierzu noch verschiedene vorbereitende Maßregeln, namentlich eine Vermehrung der unteren Cadres der Armee, notwendig. Er werde demnächst Maßregeln vorschlagen, um zu dem Effectiv-

stand von 125 Mann per Compagnie zu gelangen.

Die Generaldiscussion wurde sodann geschlossen.

## General Boulanger

hat aus Clermont-Ferrand vom 3. d. ein Schreiben an den Kriegsminister gerichtet, in welchem er demselben angebt, es seien in Bezug auf die in diesem Monat stattfindenden Wahlen dringende Aufforderungen an ihn ergangen. Da es seine Stellung, namentlich jetzt, mit sich bringe, daß er sich ganz seinen militärischen Pflichten widme, so bitte er den Kriegsminister, entweder selbst dies Schreiben zu veröffentlichen, oder ihn zu ermächtigen, seinerseits ein Schreiben zu veröffentlichen, in welchem er seine Freunde ersuchen würde, keine Wahlstimmen auf ihn abzugeben, da er eine Wahl nicht annehmen könne.

## Die Kämpfe bei Guakin,

welches bekanntlich nun schon seit Jahren von den Gharen Osman Dignas blockirt ist, wollen kein Ende nehmen. Aus Guakin wird dem „Reuter'schen Bureau“ vom 4. März gemeldet: Gestern Abend besetzte eine stärkere Abtheilung von Derwischen ein Fort außerhalb Guakins und machte heute einen Angriff auf die Stadt selbst. Nach einem einstündigen Kampfe waren die Derwischen genötigt, sich zurückzuziehen, wobei sie einige hundert Todte und Verwundete zurückließen. Überl Tapp, englischer Offizier in ägyptischen Diensten, und 14 Soldaten wurden getötet und 14 Soldaten verwundet. Die Kanonenboote „Delphin“ und „Albacora“ nahmen durch ein mörderisches Feuer an dem Kampfe Theil.

## Reichstag.

## 53. Sitzung vom 5. März.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Fortsetzung der Berathung des Antrages Ampach, betr. Aufhebung des Identitätsnachweises bei Ausfuhr von Getreide. Die Commission beantragt bei Ausfuhr von Mengen über 500 Kilogramm Ertheilung übertragbarer Einfuhr vollmachten, welche zur Zollfreien Einfuhr gleicher Mengen der nämlichen Waaren gatungen ermächtigen.

Hierzu beantragt Abg. v. Wedell-Walchow, bei der Ausfuhr auf Antrag der Beteiligten 90 Proc. des bei der Einfuhr gleichartiger Waaren zahlbaren Zölles baar zu vergütigen. Bei der Einfuhr dagegen solle der Zoll baar entrichtet werden. — Ferner beantragt Abg. v. Kardorff im Falle der Ablehnung der von der Commission vorgeschlagenen Bestimmungen: „Die Ziffer 3 des § 7 des Zollgesetzes (welche die Müller bei der Ausfuhr vom Mehl vom Identitätsnachweis entbindet) wird aufgehoben.“ — Abg. Nobbe beantragt, und zwar ebenfalls im Falle der Ablehnung der Commissionsbeschlüsse, sowie auch des Antrages v. Kardorff, in einer Resolution die verbündeten Regierungen zu ersuchen, in der nächsten Sess. 1) unter Aufhebung jener Ziffer 3 des § 7 des Zollgesetzes Fürsorge zu treffen, daß die Exportfähigkeit der Mühl-, Matz-, Presshefe- und Rakesfabriken ohne Begünstigung der Verwendung ausländischen Getreides gesichert werde; 2) ein anderweitiges, den tatsächlichen Ausbeuteverhältnissen mehr entsprechendes Rendement für Mehl aus Weizen und Roggen einzutragen zu lassen. — Endlich liegt noch ein Antrag Gebhard (n. l.) vor, für den Fall der Annahme der Resolution Nobbe, hinter den Worten „der Mühl- und Bäckereien“ (in Nr. 1) einzuschließen „der Delmühlen, der Bäckereien“ (also auch diesen die Exportfähigkeit zu sichern) und hinter dem Worte „Rakesfabriken“ einzuschließen: „bei der Möglichkeit der Versorgung von Schiffen in deutschen Häfen mit Mühlensfabrikaten und Backwaren.“

Abg. v. Wedell-Walchow (cons.) befürwortet seinen Antrag, der die Interessen von Süd- und Norddeutschland am besten ausgleichen angeht sei. Gegen das System der Berechtigungschein spreche das Bedenken, daß der Import dadurch zu sehr gefördert und die Preise dadurch herabgedrückt werden würden.

Abg. Wörmann (n. l.): Einer der Haupteinwände der Gegner des Antrages Ampach sei der, daß die Wirkung der Zölle noch garnicht überprüfbar sei. Nach des Redners Ansicht ist aber das durchaus kein Grund gegen diesen Antrag. Was der Antrag Ampach wolle, sei besto nothwendiger, je höher die Zölle seien. Ferner werde gegen den Antrag immer eingewendet, der selbe liege nur im Interesse des Großhandels. In Wirklichkeit sei aber an diesem Antrage nicht der Großhandel allein interessirt, sondern die gesamte Landwirtschaft und der gesamte Handel nebst großen Industrien. Freilich seien nicht in letzter Linie Handel und Kleberei, welche freier Bewegung bedürfen. Diese fehlen gegenwärtig Manje sich die Kleberei der Ostsee an. Dieselbe sei gegen früher erheblich zurückgegangen. Und er sei überzeugt, daß dieser Rückgang der Kleberei der Ostseehäfen zu großem Theile auf die Erhöhung des Getreideverkehrs zurückzuführen sei. Die hohen Zölle hätten es unmöglich gemacht, daß die Getreideausfuhr in demselben Umfang wie früher hätte stattfinden können. Man stelle die Getreideausfuhr wieder her und dann werde auch die Kleberei der Ostseehäfen wieder an Bedeutung gewinnen. Und auch dem Handel und zahlreichen Arbeitern würde das zu gute kommen. Redner verweist insbesondere auf den bedeutenden Rückgang der Wägerläne in Königsberg und anderen Ostseehäfen. Obwohl er ein Anhänger des Freihandel sei, würde er es nicht bedauern, wenn in Folge des zunehmenden Exportes der Preis von Getreide in den Häfen steigen würde, denn das würde sich durch die vermehrten Löhne wieder ausgleichen.

Als einen Vorzug des Antrages sehe er es auch an, daß es der heimischen Mühlensindustrie möglich sein würde, mehr heimische Getreide zu verarbeiten. Ebenso auch würde es den übrigen Getreideverarbeitenden resp. Mehl verbrauchenden Industrien (Bäckerei, Rakesfabriken etc.) möglich sein, mehr heimische Waare zu verarbeiten und dadurch den Consum von he

Führung der neuesten Getreidezölle geschaffenen tatsächlichen Verhältnisse auf die süddeutsche Landwirtschaft kann nicht ausbleiben, wenn nicht in irgend einer Weise für den Abschluß des Getreides des Ostens, nicht nach Mittel- und Süddeutschland, geforgt wird. Diese Frage, die uns beschäftigt, ist eine nationale Frage, und wenn einzelnen Landestheilen vielleicht durch Aufhebung des Identitätsnachweises besondere Vorteile gewährt werden, so geben diese Vorteile doch nur einen Ausgleich für die durch die Zölle entstandenen Nachtheile. Es handelt sich darum, wie weit man in dem System der rücksichtslosen Belastung der Rohstoffe gehen soll, ohne die gewerblichen Kreise so schwer zu schädigen, daß eine Abhilfe nicht mehr nötig ist, und auf welche Weise wir die entstandenen Schäden nach Möglichkeit mildern sollen. Man darf nicht hoffen, es würde nur ein internationaler Getreideverkauf wieder hergestellt werden können, und andererseits nicht eine Befreiung des Monopols der Transfänger erwarten. Wollte man die Exportmühlen dieser Ausnahmestellung berauben, so würde das nur die Folge haben, daß diese Exportmühlen nun auch noch den deutschen Markt belasteten und dadurch die Kleinstmühlen noch weit schwerer schädigten. Die Abhilfe liegt einzig auf dem Wege, der jetzt mit dem Antrag auf Aufhebung des Identitätsnachweises vorgeschlagen ist, für den noch 1882 auch der Abg. Richter eingetreten ist. Den unerlaubt vorhandenen Überständen muß nun einmal Abhilfe geschafft werden, da sie reichen aber billige Eisenbahntarife allein nicht aus. Lehnen Sie die vorliegenden Maßregeln nicht einfach ab. Die Beschwerden sind nur zu berechtigt, und sie werden immer wieder kommen.

Während dieser Rede ist von dem Abg. v. Bennigsen folgende, von Mitgliedern der Reichspartei und der conservativen Parteiführer eingebrachte Resolution:

"In Erwägung, daß der Antrag Ampach u. G. durch die Neuheit und Schwierigkeit des Gegenstandes erheblichen Zweiflraum läßt über die Wirkungen, welche seine Annahme und Durchführung für die Landwirtschaft und den Handel, insbesondere auch in den einzelnen Theilen Deutschlands, haben würde, — in fernerer Erwägung, daß für die erforderliche sorgfältige Prüfung des Antrags im ganzen und im einzelnen, namentlich aber für die nach verschiedenen Richtungen noch wünschenswerten Erhebungen die Zeit während der gegenwärtigen Sessjon mangelt, — sowie in der Erwartung und dem Wunsche, daß die verbündeten Regierungen bei dem Antrage angeregten wichtigen Fragen ihre volle Aufmerksamkeit zuwenden und das Ergebnis der über dieselben anzuftellenden Erhebungen dem Reichstag in der nächsten Sessjon mittheilen werden, geht der Reichstag über den Antrag Ampach und Genossen zur Tagesordnung über."

Abg. Ginger erklärt namens der Socialdemokraten, daß sie gegen den Antrag Ampach, aber auch gegen die motivierte Tagesordnung stimmen werden.

Abg. v. Puttkamer-Plauth (cont.) empfiehlt den Antrag im Interesse des Nordostens. Die Vertreter dieser Gegenden haben bei der letzten Sitzung offen erklärkt, daß sie von derselben keinen Nutzen erwarten, wenn nicht zugleich eine Maßregel ergriffen wird, wie sie hier vorgeschlagen. Dieselbe wird nicht bloß dem Handel zu gute kommen, wie hr. v. Webel behauptet hat. Die Bedenken der Süddeutschen müssen angeführt werden. Der Nothlage des Nordostens zurücktreten. Daß die Annahme des vorgeschlagenen Antrages eine große Revolution im Getreidehandel hervorrufen werde, ist eine Uebertriebung. Wenn auf diesem Gebiete nicht irgend etwas geschieht, dann wird die Bevölkerung ungünstig werden und sich von der Regierung abwenden.

Abg. Richter: Die Befreiung des Identitäts-Nachweises ist bei der letzten Reichstagswahl in Cammin von den Conservativen in ihr Programm aufgenommen worden und trotzdem haben sich die Wähler von ihnen abgewendet. Die Wähler wollen von den Cartellparteien nichts mehr wissen, weil sie von den neuen Belastungen nichts wissen wollen. Es handelt sich jetzt nur noch um eine Ananade, die den Rückzug maskieren soll; bisher hat man aber dazu noch niemals zwei Tage gebraucht. hr. v. Kardorff hat die Frage am Sonnabend als eine große und nationale bezeichnet. In dem Antrage auf motivierte Tagesordnung, den er mit unterstützt hat, heißt es aber, daß diese Frage erheblichen Zweiflraum läßt. Nationale Fragen sollten doch keinen Zweiflraum unterliegen. (Heiterkeit) Der motivierte Tagesordnung könnte ich in ihren ersten beiden Erörterungsgründen beitreten, aber nicht dem dritten, denn wir haben mit den Erhebungen doch schlechte Erfahrungen gemacht.

Abg. Nobbe (Reichstag) befürwortet, daß die motivierte Tagesordnung die Annahme der vollständig spruchrechten Anträge hindere; er halte es für eine Ehrenpflicht, den Anträgen zuzustimmen, um der schreitenden Nothlage des Ostens entgegenzutreten. (Beifall rechts)

Abg. v. Huene (Cent.) hält die Frage noch nicht für spruchreif; der Antrag Heereman bezog sich auf leicht übersehbare Verhältnisse, während der vorliegende Antrag viele neue Dinge umfaßt, so daß man seine Tragweite nicht übersehen kann. Die motivierte Tagesordnung enthält noch einen solchen starken Anklage an die vorliegenden Anträge, daß ich sie nicht unterstehen möchte. Dazu kommt noch, daß es doch wirklich ein Misstrauen gegen die Regierung bestehen würde, wenn man auf einen Notstand, der mehrere große Provinzen betrifft, erst ihre Aufmerksamkeit noch lenken zu müssen glaubt.

Abg. Gebhardt (nat.-lib.) motiviert sein Amendement. Abg. Richter: Es ist sehr zu bedauern, daß diese technische Frage solchen Verlauf nimmt. Ich wünschte die Herren, die sich jetzt gegen die Aufhebung des Identitätsnachweises so ereifern, möchten sich einmal die Akten des Hauses ansehen. Sie würden sich anbieten zu untersuchen. Sie würden sich anbieten zu untersuchen.

Der Antrag Ampach schlägt das Schutzollsystem nicht, er durchlängert es. Seit 1879 hat die ganze linke Seite des Reichstags die Aufhebung des Identitätsnachweises gefordert. 1880 hat der Abg. Richter für die Mühlen und den Getreidehandel einen solchen Antrag eingebracht. (Hört! hört! rechts). Meine früheren Anträge haben ebenfalls die Unterstaltung der Linken gezeigt. Der jetzige Antrag geht allerdings weiter und auch ich habe ein Bedenken dagegen geäußert. Waren die Freunde unseres früheren Antrags, insbesondere das Centrum und Herr v. Heereman, dabei geblieben, wäre es anders gekommen. Was die Erhöhung der Preise betrifft, so ist das durch nichts bewiesene Behauptung. Richtig ist, daß unsere Gütsbesitzer für das im Auslande beliebte Getreide höhere Preise erhalten würden. Die Aufhebung des Identitätsnachweises wird überflächlich. Sie wird den Landwirten eine radikale Hilfe ebenso wenig bringen, wie die Zölle selbst. Aber sie wird die jetzigen, ganz naturnützigen Verhältnisse einigermaßen beeinflussen. Die motivierte Tagesordnung nehme ich auch an, obwohl ungern, nur deshalb, weil ich etwas anderes nicht erreichen kann. Die motivierte Tagesordnung verlangt weniger als der Antrag Heereman von 1885. Deshalb begreife ich nicht, weshalb diejenigen, die damals für den Antrag Heereman stimmten, jetzt gegen diesen Antrag sind. Das Mindeste ist es, was wir annehmen müßten. Zur Ruhe kommen die Träger nicht, und ich hoffe höchst in Zukunft dieselbe ohne das nationale Gedämpfer und die anderen Ueberreibungen verhandelt wird.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen wird über die motivierte Tagesordnung des hrn. v. Bennigsen abgestimmt und dieselbe mit 178 gegen 101 Stimmen angenommen. Die Mehrheit setzt sich zusammen aus den Nationalliberalen, der Reichspartei, den Polen, den Deutschen und Iwiden; ferner stimmen mit der Mehrheit vom Centrum die Abg. Borowski und Gmünder, von den Freisinnigen Barth, Golß, Lüders, Maager, Mener, Müllner, Nickel, Richter und Schröder. Die Minderheit besteht aus den Socialdemokraten und dem Abg. Hildebrand.

Die Anträge der Commission und der Antrag v. Wedellis

sind damit entschieden; die Resolution v. Mirbachs ist zugelassen, ebenso die Nobbes.

Nächste Sitzung: Dienstag.

## Deutschland.

\* Berlin, 5. März. Es wird gewiß überall recht schmerlich empfunden werden, daß zu dem seelischen Leid, das so sehr schwer auf dem Kaiser lastet, jetzt auch noch wieder ein körperliches Leid hinzutreten ist. Die bange Sorge um das schwere Geschick seines einzigen Sohnes ruht dem hohen Herrn, schreibt das Berl. Tagbl., vielsch. den Schloß und entringt seiner Brust so schmerzhafte Geister, daß die wachhabenden Kammerdiener aufgeschreckt das Schlafzimmer des Kaisers betreten und diesen dann aufrecht sitzend im Bett finden, in dem ihm der Gedanke an den Patienten in San Remo keine Ruhe läßt.

Nach der "Berl. Börse-Itg." ist da, um den Kaiser so viel als möglich von Schmerzen zu befreien, stets Morphium-Einspritzungen angewendet werden müssen, die regelmäßig Verbauungsstörungen im Gefolge haben, voraus zu sehen, daß das Unwohlsein vor Mitte nächster Woche nicht vollständig behoben sein wird.

Die Nachrichten aus San Remo, welche der Hofmarschall Graf Radolinski überendet, gehen — schreibt das "D. Tagbl." — chiffrirt an den General- und Leibarzt Dr. Leuthold ein, welcher sie dem Kaiser stets in schonender Weise mittheilt. Theils nimmt sie der Kaiser schweigend auf, theils knüpft er an sie ein Gespräch mit dem Arzte an.

\* Berlin, 5. März. Der Bundesrat hat in seiner heutigen Sitzung dem Auschlußberichte über den Gesetzentwurf wegen Feststellung eines Nachtrages zum Reichshaushaltsetat für das Etatjahr 1888/89 zugestimmt.

\* Aus San Remo wird dem "B. Tagbl." gemeldet: "Sanfulla" bestätigt, daß König Humbert mehrere Male nach San Remo reisen wollte und seine Absicht jedesmal nur auf den ausdrücklichen Wunsch des deutschen Kronprinzen unterliegt, welchen das Wiedersehen unter den obwaltenden Umständen schmerlich berührt hätte. "Sanfulla" meldet ferner, ein Adjutant des Kronprinzen sei mit einem Brief des Kronprinzen für König Humbert in Rom eingetroffen.

\* [Die Berathung des Polizeikostengesches in der Commission.] In Ergänzung unserer telegraphischen, die Hauptfachen bereits enthaltenden Meldungen von gestern sendet uns unser Berliner Correspondent noch folgenden Bericht:

Zunächst legte Abg. Richter die prinzipiellen Gesichtspunkte gegen die Vorlage dar. Minister v. Puttkamer habe im Plenum die Entscheidung über das Maß der Heranziehung der Städte offen gelassen. Der Zeitpunkt zu einer Regelung der Frage sei heute noch ungünstiger als 1885, wo die Regierung den Städten nicht einmal ein Viertel der Kosten habe auferlegen wollen, während sie ihnen jetzt die Hälfte aufbürde. Man müsse nicht nur die Polizeikosten, welche in den Städten mit königlicher und mit eigener Polizeiverwaltung sehr verschieden sind, sondern auch die sonstige finanzielle Lage der Städte berücksichtigen. Er beantrage demnach die Befreiung der Städte der einzelnen Städte. Minister v. Puttkamer hält die Städte der Städte für bedeutungslos für die gegenwärtige Frage, auf deren sofortiger Lösung die Regierung bestehen müsse. Auch Abg. v. Rauchhaupt wünscht weiteres Material, aus welchem speziell die Polizeikosten zu erkennen seien. Zweckmäßiger als die Vorlagen sei ein Pauschquantum nach der Höhe der Bevölkerungsziffer. Ministerial-Director v. Baffrow bezeichnet als die Kosten der eigentlich unmittelbaren Polizeiverwaltung die Ausgaben für Beamtengehälter, Lokale und Bureau-Bedürfnisse. Diese seien aus den Etats der Städte zusammenge stellt. Der Mitteilung dieser Zahlen steht nichts im Wege. v. Cnynen hält die Vorlegung aller 176 Etats der Städte für zwecklos. Es sei schwer, die Kosten der wirklichen Polizei zu berechnen, da die Anforderungen an die Polizei sehr verschieden seien. Beim Lesen der Berliner Petition mit der Unterschrift des Herrn v. Forckenbeck sei er beinahe vor Schreck auf den Rücken gefallen. Diese Petition müsse niedriger gehängt werden, denn solcher Eigentum sei geradezu unverständlich. Er schlägt vor, den Stadtgemeinden wie bisher die Kosten des Nachtwacht- und Feuerlöschwesens zu überlassen und ihnen außerdem einen festen Anteil an den Kosten der Polizeiverwaltung, und zwar in Berlin von 2 Mark 50 Pf., in den übrigen Städten mit königlicher Polizeiverwaltung von 1 Mark pro Kopf der Bevölkerung zu übertragen. In diesem Falle würde der Staat immer noch 6 Mill. beitragen. An der weiteren Debatte beteiligen sich die Abg. Greif, Dr. Friedberg-Halle, Graf Schwerin, Zelle. Gegenüber den Ausführungen des Abg. Zelle erklärt Minister v. Puttkamer die Frage, ob man nicht einzelne Städte, wie Celle, Göttingen, Marburg, die Polizeiverwaltung übertragen wolle, für eine offene Frage, welche aber jetzt nicht zum Austrag zu bringen sei. Ob Zweige der örtlichen Polizeiverwaltung in den Städten mit königlicher Verwaltung diesen übertragen werden können, habe auf die Kosten keinen Einfluß. Er habe den Versuch gemacht, in Posen die Kosten der Baupolizei der Kommunalverwaltung zu übertragen. Darauf sei aber nichts erprt worden.

Bei der Abstimmung wird entsprechend den Anträgen Richter-Rauchhaupt beschlossen, die Regierung aufzufordern, der Commission die Spezialrechnungen, auf Grund deren in der Regierungsvorlage die Beitragsquote der Städte zu den Polizeikosten festgestellt ist, vorzulegen. Mit Rücksicht hierauf verläßt die Commission sich bis zum 12. März.

\* [Der deutschen Witu - Gesellschaft] sind auf Grund ihres Statuts vom 17. Dezbr. 1887 durch königliche Orde vom 20. Febr. 1888 die Rechte einer juristischen Person verliehen worden.

\* Dresden, 5. März. Durch ein den Ständen zugegangenes Decret ist der Landtagsschluss auf den 23. März festgesetzt.

Altona, 5. März. Betrieb auf der Strecke Anrieth-Menzenburg des dieszeitigen Eisenbahn-Directions-Betriebs in Folge großer Schneeverwehungen voraussichtlich auf mehrere Tage unmöglich.

Dresden, 5. März. Der König und die Königin sind heute früh zum Besuch des Prinzregenten nach München abgereist, woselbst die Ankunft etwa Abend 8½ Uhr erfolgt. Die Königin wird sich von München aus zu einem dreivöchtigen Aufenthalt nach Riva am Gardasee begeben, der König kehrt voraussichtlich nächsten Freitag hierher zurück.

Chemnitz, 5. März. Auf der Strecke Chemnitz-Borna-Leipzig fehlen in Folge von Schneeverwehungen seit gestern Abend alle Züge von und nach Leipzig.

Stuttgart, 5. März. Anlässlich seines morgigen Geburtstages richtete der König ein Schreiben an den Minister-Präsidenten v. Mittwoch, in welchem er seinen gerührten Dank allen denen auspricht, welche während seiner Krankheit Beweise treuer Anhänglichkeit gegeben haben; der König entschuldigt der fernsten Theuren Heimat und seinem geliebten Volke seinen landeswäterlichen Gruß und spricht die Hoffnung aus, bald wieder zurückkehren zu dürfen. (W. L.)

München, 5. März. Die Abgeordnetenkammer hat heute den Gesetzentwurf betreffend die Ausführung von Eisenbahn-Erweiterungs- und Neu-

bauten mit einem Betrage von ca. 6½ Millionen nach den Auschlußanträgen einstimmig genehmigt.

München, 4. März. Die Hundertjahr-Feste der Geburt Ludwigs I. (geb. 25. August 1786), welche vor zwei Jahren in Folge des Todes Ludwigs II. unterblieb, soll nun in diesem Jahre und zwar nach dem Beschlusse des Comités, der allerdings noch der Bestätigung des Regenten bedarf, am 9. und 10. Juli stattfinden. Am Vorabend (Sonnabend, 8. Juli) wird die Feste eingeleitet durch Glöckengeläute von den Thürmen der Stadt und durch Feuerwerk in den königl. Theatern. Der 9. Juli beginnt mit Kanonenschüssen, Glöckengeläute und Musik von den Thürmen. Hierauf Gottesdienst in den Kirchen. Von der Frauenkirche und der ersten protestantischen Kirche aus sammeln sich sodann die Theilnehmer an dem feierlichen Zuge, welcher sich zum Sarkophag des Königs in der Bonifatiuskirche begiebt, um dort den Namen der Feste zu huldigen. Den Abend nimmt die Enthüllung der Büste des Königs in der Ruhmeshalle und ein glänzendes Feuerwerk nach römischem Muster auf der Bavariahöhe ein. 2. Festtag: Tagrevelle. Großer Festzug zum Denkmal des Königs auf dem Odeonsplatz; dort Huldigungsakt. Nachmittags Armenauspeisung; Festmahl im Saale des alten Rathauses. Abends Illumination der Stadt, die während des ganzen Festes im Flaggenmache prangt.

## Österreich-Ungarn.

Bien, 5. März. Der "Neuen Freien Presse" zufolge ernannte der Kaiser den Prinzen von Wales zum Oberstinhaber des zwölften Husaren-Regiments.

## England.

London, 5. März. Der Herzog von Rutland ist gestern in Belvoir Castle gefahren. Den Herzogsstil erhält Lord John Manners, Kanzler des Herzogthums Lancaster und Cabinetsmitglied. Eine Neuwahl ist für Oxfordshire dadurch erforderlich geworden. (W. L.)

## Rumänien.

Bukarest, 5. März. Dem Bernehmen nach hat der Senatspräsident Ghika die Bildung des Cabinets übernommen und Bratiano um Mitwirkung ersucht, der dieselbe zugestiegen. (W. L.)

## Aegypten.

Cairo, 4. März. (Telegramm des "Neueren Presse-Bureaus"). Die Staatschuldenkasse beschloß, zu einer Anleihe von effectiv 2 250 000 ägyptischen Pfund ihre Zustimmung zu geben.

## Amerika.

New York, 5. März. Auf dem gestrigen Meeting der Maschinisten aller hier mündenden Eisenbahnen wurde beschlossen, die Streikenden der Chicago-Burlingtonbahn zu unterstützen, auch wenn der Eisenbahnverkehr im ganzen Lande leiden sollte. (W. L.)

Buenos-Ayres, 4. März. Während des Monats Februar cr. sind hier 53 Dampfer mit 12 000 Einwohnern eingetroffen. Die Zollnahmen betrugen während desselben Monats 2 764 000 Pesos für Buenos-Ayres und 353 900 Pesos für Rosario.

Am 7. März: Danzig, 6. März. Di. A. 3.54. S. A. 6.38. U. 5.45. Wetteraussichten für Mittwoch, 7. März, auf der Bericht der deutschen Seewarte.

Haltes, veränderliches Wetter mit Niederschlägen, vielfach trüb, bei frischen bis starken Winden.

\* [Verkehrs-Kalamität.] Auch heute sind die schweren Störungen, welche die Weiterbildung unseres Eisenbahnverkehrs bereit haben, erst zum Theil beendet. Auf der Strecke Danzig-Dirschau-Bromberg ist heute Nachmittags 1 Uhr der erste Zug von hier abgefahren worden. In umgekehrter Richtung war der heute Vormittag fällige Berliner Nacht-Courierzug der erste Zug, welcher diese Strecke passirt hat. Er traf mit 75 Minuten Verspätung hier ein. Die Strecke Dirschau-König-Schneidemühl ist auch frei; dagegen die Strecke Dirschau-Marienburg wieder gesperrt. Der heute Morgen

5.17 in Dirschau fällige Zug von Königsberg war bis 11 Uhr Vormittags dort nicht eingetroffen. Auf der hinterpommerschen Bahn ist jetzt die Strecke von Danzig bis Hebron-Damitz frei, die Zwischenstrecke von Hebron-Damitz bis Cöslin noch gesperrt. Die restirenden Postsendungen aus Stettin und Cöslin sind über Königsberg befördert worden.

An der Freilegung der Strecke Königsberg-Zollnow ist der erste Zug von hier abgefahren worden. In umgekehrter Richtung war der heute Vormittag fällige Berliner Nacht-Courierzug der erste Zug, welcher diese Strecke passirt hat. Er traf mit 75 Minuten Verspätung hier ein. Die Strecke Dirschau-König-Schneidemühl ist auch frei; dagegen die Strecke Dirschau-Marienburg wieder gesperrt. Der heute Morgen

5.17 in Dirschau fällige Zug von Königsberg war bis 11 Uhr Vormittags dort nicht eingetroffen. Auf der hinterpommerschen Bahn ist jetzt die Strecke von Danzig bis Hebron-Damitz frei, die Zwischenstrecke von Hebron-Damitz bis Cöslin noch gesperrt. Die restirenden Postsendungen aus Stettin und Cöslin sind über Königsberg befördert worden.

Die Strecke von da bis Thorn ist 135,7 Kilom. lang; die Kosten der Ausführung des zweiten Gleisess sind auf 6 300 000 Mark veranschlagt. e) Laskowitz-Taborowicz. Die Bahnstrecke ist 139,2 Kilom. lang; die Kosten der Ausführung des zweiten Gleisess sind auf 5 600 000 Mark veranschlagt. f) Laskowitz-Taborowicz ist 51,3 Kilom. lang; die Kosten der Ausführung des zweiten Gleisess sind auf 2 600 000 Mark veranschlagt. g) Bei der Strecke Marienburg-Illowa (Marienburg-Mlawkaer-Bahn) (143 Kilom.) ergiebt der Vorantrag die Summe von 6 620 000 Mark.

\* [Lehrerinnen-Ausbildung.] Dem Vorsteher der Detritischen privaten höheren Mädchenschule Herrn Dr. Scherzer ist seitens der kgl. Regierung die wiederrufliche Genehmigung ertheilt worden. Schülerinnen, welche eine voll ausgestattete höhere Mädchenschule durchgemacht oder die erforderlichen Kenntnisse durch eine Aufnahmeprüfung nachgewiesen haben, zur Lehrerinnenprüfung vorzubereiten.

\* [Österreiterien.] Der Schluss der hiesigen Volksschulen zu den bevorstehenden Österreiterien erfolgt Mittwoch, den 28. Mär. b. 3. Vormittags 11 Uhr. Die Ferien dauern 11½ Wochen. Der Unterricht beginnt wieder Montag, den 9. April.

\* [Privat-Beamten-Verein.] Der Zweigverein Danzig hält gestern in Küster's Restaurant eine ordentliche General-Versammlung ab

Umgegend sorgen war die Ornithologen und einzelne Liebhaber für die Erhaltung des Wildes, — sollte es den Jagdpächtern sowie deren Freunden, die so gern an der Jagdtheil nehmen, nicht leicht sein, der Not des armen verhungerten Wildes abzuhelfen? Bei gutem Willen könnte wohl jeder Jagdhäher mit geringen Kosten seine Jagd jeden zweiten Tag mit Tüter versehen. Sollte ferner die königl. Forstbehörde nicht so viel Fonds bereit haben, um einige Führen zu den armen Rehen und Hasen zu streuen? In anderen Gegenden geschieht so viel zur Erhaltung der Rehe, Hirsche etc., warum sorgt man nicht auch so für das Rehwild in Westpreußen?

\* [Verschungen.] Der Postsecretär Fuhr in Marienwerder ist zum 1. April nach Danzig versetzt und der bisherige Kreis-Schulinspector Dr. Charka zu Pr. Stargard dem Vernehmen nach zum Director des Lehrer-Seminars in Berent ernannt.

\* [Patent.] Von den Herren Oberstleutnant v. Flotow und h. Leibig, Director beziehungsweise Ingenieur bei der hiesigen Gewehr- und Munitionsfabrik sind Patente angemeldet auf eine Althüttenmaschine zur Herstellung von Röhren und auf eine Neuerung an dem Fahrzeug zum Ziehen konischer Röhren.

\* [Schwurgericht.] Nach Feststellung der Namen der Geschworenen ergab sich heute, daß einschließlich der gestern euberufenen Hülfeschworenen 31 Herren anwesend waren; in Folge dessen wurde Herr Kaufmann Bindel wieder für die ganze Schwurgerichtsperiode dispensirt. Die zu heute angefahrene Verhandlung gegen die unverehelichte 18jährige Olga Kretschmann aus Langfuhr, Tochter des Schuhmanns Kretschmann derselbst, wegen Kindermordes erregte beim Publikum ein großes Interesse; die Zuhörertribüne war dermaßen angefüllt, wie wir es hier seit Jahren nicht gesehen haben. Da jedoch auf Antrag der königl. Staatsanwaltschaft aus Rücksichten auf die Gittlichkeit die Dessenlichkeit ausgeschlossen wurde, so mußte das Publikum sich wieder entfernen. Vor 3 bis 4 Jahren wohnte der Schuhmann Kretschmann in Neufahrwasser und hier verkehrte bereits der Lehrer St., welcher die Angeklagte unterrichtete, mit derselben in angeblich unerlaubter Weise. Später wurde Kretschmann nach Langfuhr versetzt und der Lehrer St., gegen den eine Disciplinar-Untersuchung geschwobt hatte, kam nach etwa 2 Monaten zufällig ebenfalls nach Langfuhr, wo nun der intime Umgang fortgesetzt wurde, wobei das Liebespaar sich mehrmals als Ehepaar bezeichnet haben soll. St. benutzte namentlich die Gelegenheit, wenn die Eltern der Angeklagten nicht zu Hause waren, diese zu besuchen. In der Nacht zum 11. November gab die Angeklagte heimlich einen Knaben. Diesen muß sie gleich nach der Geburt über einen etwa acht Fuß hohen Baum auf den neben ihrer Wohnung liegenden Hof des Fleischermeisters Leinert in Langfuhr geworfen haben, wo drei sehr böse Hunde des Nachts stets frei umherlaufen. Das Kind wurde am frühen Morgen dort noch leben gefunden, starb aber alsbald. Obgleich die Angeklagte früher dem Polizei-Commissionarius Raßl aus Langfuhr die That eingräumt hatte, leugnet sie heute hartnäckig und will von garnicht wissen. Über den Fund des kleinen Weltbürgers theilt der Fleischermeister Leinert Folgendes mit: Um 5½ Uhr kam er auf seinen Hof und bemerkte, daß seine Hunde nicht, wie gewöhnlich, in ihren Buden sich befanden; er stieß daher den einen Hund, welcher besonders hartnäckig liegen blieb, mit dem Fuß, damit dieser in seine Bude gehen sollte. Als der Hund nun aufstand, bemerkte hr. Leinert, daß es mit den Vorbergen einen Gegenstand umklammerte, den er mit dem darausgelegten Kopf beschirmte, und dieser Gegenstand ergab sich als das beireffende noch lebende Kind, das der Hund gegen die anderen beiden Hunde zu schützen suchte. Biswunden hatte das Kind nicht. Dem Polizei-Commissionarius Raßl, welcher die Angeklagte sofort vernahm, ist es vorgekommen, als ob sie damals nicht in vollem Besitz ihrer Geisteskräfte war. In der That war sie krank und es konnte erst am 3. Dezbr. ihre Verhaftung erfolgen. Seitdem hat sie die That hartnäckig bestritten. Bei der am 14. November v. J. durch den Kreisgerichtsherrn Herrn Sanitätsrat Dr. Glaser und Herrn Sanitätsrat Dr. Genion vorgenommenen Section der Leiche ergab sich, daß das Kind gelebt hat und lebensfähig gewesen ist. Die Leber zeigte mehrere Verzerrungen, die unbewegt von dem Fall herhingen und modurch eine Verblutung im Unterleibe erfolgte, die den Tod herbeiführte. Eine Beruflosigkeit der Angeklagten während der That hielt den Herren Sachverständigen, nach den obwaltenden Umständen zu urtheilen, für ausgeschlossen. Die Geschworenen verneinten jedoch die Hauptabschuldigung betreffs der vorstößlichen Tötung des Kindes und nahmen nur die fahrlässige Tötung an, worauf die Angeklagte zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahre verurtheilt wurde.

\* [Das große Los der Kölner Bomber-Lotterie] ist an eine Gesellschaft von 20 Personen in Siegler, Kreis Sieg, gefallen. Die glücklichen Gewinner gehören meistens dem arbeitenden Stande an.

\* [Feuer.] Gestern Abend 9 Uhr waren in dem Hause Schlesengasse Nr. 12 in der zweiten Etage durch den erhöhten Schornstein die Balken und der Fußboden in Brand geraten. Nach Befestigung der schwelenden Holztheile und nachdem mit einer Handspülreiniger gebrannt war, wurde das Feuer gelöscht.

[Polizeibericht vom 6. März.] Verhaftet: 2 Arbeiter wegen Diebstahls, 1 Arbeiter wegen Widerstandes, 1 Arbeiter wegen Sachbeschädigung, 1 Gärtner wegen Körperverletzung, 1 Schlosser wegen groben Unfusses, 10 Droschken, 1 Bettler, 1 Betrunken, 5 Pirnen. — Geflohen: 1 grauer Rossen enthalten 1 schwere Hose, 1 graubraunes Jaquet, 1 braunpunktirte Hose, 1 Schiring-Hemd gez. R. S., 6 handlicher gez. S., 4 Paar wollene Strümpfe, 10 Taschenlöffel gez. R. S. und M. S., 1 Reisezeug, vernichtet, 1 Bettlaken gez. R. S., 1 graue Tuchmühle, 1 Abgangzeugniss, 1 Ge-sellenzeugniss auf den Namen Hin, 1 Schachtel Krägen und Manschetten, 2 Unterjachen, 1 Unterlage, 1 schwarzer Plüschmantel mit rotem Flanell gefüttert, für 1 Mädchen von 9 Jahren, 1 schwarzer Doublettsmantel, worn ein Stück eingeschnitten für 1 Mädchen von 13 Jahren, 1 schwarzes Barettkleid mit schwarzen Sammel- und Perlenbesatz, 1 kurzes schwarzes Jaquet mit rotem Futter, 1 gelbe wollene Pferdebedecke, 1 messing. Schieble-lampe, 2 hohe messing. Leuchter, 1 Paar Mäulgarben, 1 Kochbuch, 1 messing. Theekessel, 1 Kaffeekanne, 1 Plätzchen, 1 Schreibzeug, 1 silb. Leuchter, 1 blaue Schürze, 1 schwarzer Rock, 2 Bilder. — Gefunden: 1 Maulkorb auf der Langasse, 1 Damen-Büsmäppchen vor dem Stadttheater; abzuholen von der Polizeidirection hier.

\* [Schneek.] 6. März. Die Schneeverwehungen auf der Strecke von Hohenstein bis hier sind seit Freitag, den 2. d. derart, daß sie jeder Beschreibung spotten. Seit genanntem Tage sind weder Jüge von Berent noch von Hohenstein eingetroffen, so daß wir seit jenem Tage von allem Verkehr abgeschnitten waren. Selbst mit Schlitten war weder auf der Chaussee noch auf Landwegen vorwärts zu kommen.

\* [Gruhn, 4. März.] Der Eisenbahnverkehr zwischen Gruhn und Marienburg war seit gestern gänzlich unterbrochen, und es ist trotz der zahlreichen Arbeitskräfte bis heute Mittag nicht gelungen, die Schneemassen vom Schienengleise zu beseitigen. Auf der Bahnhofsstrecke Marienwerder-Gruhn vermochten die Jüge sich gestern mit großer Mühe noch durcharbeiten, heute dagegen trat auf dieser Linie ebenfalls Verkehrsstockung ein, indem kurz vor Hintersee der Frühzug in einer Schneechange stehen blieb. Gähnende waren die Passagiere dieses Zuges daran, welche bei dem schneiden Nordostwinde der Befreiung aus ihrer übeln Lage harren. Dank der Liebenswürdigkeit des Herrn Rittergutsbesitzers v. Donimirski auf Hintersee, der schnell Kunde von der unangenehmen Situation der Reisenden erhielt, konnten dieselben vom nahen Güte aus eilige mit warmem Getränk und nicht weit vom Dose sich hinwegwagt, ist doch schon die Kunde zu uns gedrungen, daß viele Gebäude der im Thale gelegenen Dörfer des hiesigen Kreises bis unter das Dach eingeschneit sind.

Y Thorn, 5. März. Gestern war es bereits gelungen, die Gleise auf der Weichselstädtbahn bis Graudenz und Külm für den Betrieb freizumachen, aber in der Nacht ist die Strecke zwischen Külmsee und Kornatow wieder verrostet. Auf dieser Strecke arbeiteten gestern und heute an der Freisetzung eine Abtheilung hiesiger Pioniere, ebenso auch auf der Thorn-Österreicher Eisenbahn, auf welcher heute Nachmittag um 3½ Uhr der erste Zug seit Freitag Abend eintraf.

W. T. Königsberg, 5. März. Die Betriebsnahme der ostpreußischen Südbahn pro Februar 1888 betrug nach vorläufiger Feststellung im Personenverkehr 42 997 Mk., im Güterverkehr 367 302 Mk., an Extraordinarien 20 600 Mk., zusammen 430 899 Mk. (gegen den entsprechenden Monat des Vorjahrs mehr 139 201 Mk.), im ganzen vom 1. Januar bis 29. Febr. 1889 907 773 Mk. (gegen den entsprechenden Zeitraum des Vorjahrs mehr 323 888 Mk.)

\* [Befreiungen.] Der Postsecretär Fuhr in Marienwerder ist zum 1. April nach Danzig versetzt und der bisherige Kreis-Schulinspector Dr. Charka zu Pr. Stargard dem Vernehmen nach zum Director des Lehrer-Seminars in Berent ernannt.

\* [Patent.] Von den Herren Oberstleutnant v. Flotow und h. Leibig, Director beziehungsweise Ingenieur bei der hiesigen Gewehr- und Munitionsfabrik sind Patente angemeldet auf eine Althüttenmaschine zur Herstellung von Röhren und auf eine Neuerung an dem Fahrzeug zum Ziehen konischer Röhren.

\* [Schwurgericht.] Nach Feststellung der Namen der Geschworenen ergab sich heute, daß einschließlich der gestern euberufenen Hülfeschworenen 31 Herren anwesend waren; in Folge dessen wurde Herr Kaufmann Bindel wieder für die ganze Schwurgerichtsperiode dispensirt. Die zu heute angefahrene Verhandlung gegen die unverehelichte 18jährige Olga Kretschmann aus Langfuhr, Tochter des Schuhmanns Kretschmann derselbst, wegen Kindermordes erregte beim Publikum ein großes Interesse; die Zuhörertribüne war dermaßen angefüllt, wie wir es hier seit Jahren nicht gesehen haben. Da jedoch auf Antrag der königl. Staatsanwaltschaft aus Rücksichten auf die Gittlichkeit die Dessenlichkeit ausgeschlossen wurde, so mußte das Publikum sich wieder entfernen. Vor 3 bis 4 Jahren wohnte der Schuhmann Kretschmann in Neufahrwasser und hier verkehrte bereits der Lehrer St., welcher die Angeklagte unterrichtete, mit derselben in angeblich unerlaubter Weise. Später wurde Kretschmann nach Langfuhr versetzt und der Lehrer St., gegen den eine Disciplinar-Untersuchung geschwobt hatte, kam nach etwa 2 Monaten zufällig ebenfalls nach Langfuhr, wo nun der intime Umgang fortgesetzt wurde, wobei das Liebespaar sich mehrmals als Ehepaar bezeichnet haben soll. St. benutzte namentlich die Gelegenheit, wenn die Eltern der Angeklagten nicht zu Hause waren, diese zu besuchen. In der Nacht zum 11. November gab die Angeklagte heimlich einen Knaben. Diesen muß sie gleich nach der Geburt über einen etwa acht Fuß hohen Baum auf den neben ihrer Wohnung liegenden Hof des Fleischermeisters Leinert in Langfuhr geworfen haben, wo drei sehr böse Hunde des Nachts stets frei umherlaufen. Das Kind wurde am frühen Morgen dort noch leben gefunden, starb aber alsbald. Obgleich die Angeklagte früher dem Polizei-Commissionarius Raßl aus Langfuhr die That eingräumt hatte, leugnet sie heute hartnäckig und will von garnicht wissen. Über den Fund des kleinen Weltbürgers theilt der Fleischermeister Leinert Folgendes mit: Um 5½ Uhr kam er auf seinen Hof und bemerkte, daß seine Hunde nicht, wie gewöhnlich, in ihren Buden sich befanden; er stieß daher den einen Hund, welcher besonders hartnäckig liegen blieb, mit dem Fuß, damit dieser in seine Bude gehen sollte. Als der Hund nun aufstand, bemerkte hr. Leinert, daß es mit den Vorbergen einen Gegenstand umklammerte, den er mit dem darausgelegten Kopf beschirmte, und dieser Gegenstand ergab sich als das beireffende noch lebende Kind, das der Hund gegen die anderen beiden Hunde zu schützen suchte. Biswunden hatte das Kind nicht. Dem Polizei-Commissionarius Raßl, welcher die Angeklagte sofort vernahm, ist es vorgekommen, als ob sie damals nicht in vollem Besitz ihrer Geisteskräfte war. In der That war sie krank und es konnte erst am 3. Dezbr. ihre Verhaftung erfolgen. Seitdem hat sie die That hartnäckig bestanden. Bei der am 14. November v. J. durch den Kreisgerichtsherrn Herrn Sanitätsrat Dr. Glaser und Herrn Sanitätsrat Dr. Genion vorgenommenen Section der Leiche ergab sich, daß das Kind gelebt hat und lebensfähig gewesen ist. Die Leber zeigte mehrere Verzerrungen, die unbewegt von dem Fall herhingen und modurch eine Verblutung im Unterleibe erfolgte, die den Tod herbeiführte. Eine Beruflosigkeit der Angeklagten während der That hielt den Herren Sachverständigen, nach den obwaltenden Umständen zu urtheilen, für ausgeschlossen. Die Geschworenen verneinten jedoch die Hauptabschuldigung betreffs der vorstößlichen Tötung des Kindes und nahmen nur die fahrlässige Tötung an, worauf die Angeklagte zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahre verurtheilt wurde.

\* [Das große Los der Kölner Bomber-Lotterie] ist an eine Gesellschaft von 20 Personen in Siegler, Kreis Sieg, gefallen. Die glücklichen Gewinner gehören meistens dem arbeitenden Stande an.

\* [Feuer.] Gestern Abend 9 Uhr waren in dem Hause Schlesengasse Nr. 12 in der zweiten Etage durch den erhöhten Schornstein die Balken und der Fußboden in Brand geraten. Nach Befestigung der schwelenden Holztheile und nachdem mit einer Handspülreiniger gebrannt war, wurde das Feuer gelöscht.

[Polizeibericht vom 6. März.] Verhaftet: 2 Arbeiter

wegen Diebstahls, 1 Arbeiter wegen Widerstandes, 1 Arbeiter wegen Sachbeschädigung, 1 Gärtner wegen

Körperverletzung, 1 Schlosser wegen groben Unfusses, 10 Droschken, 1 Bettler, 1 Betrunken, 5 Pirnen. —

Geflohen: 1 grauer Rossen enthalten 1 schwere

Hose, 1 graubraunes Jaquet, 1 braunpunktirte Hose, 1

Schiring-Hemd gez. R. S., 6 handlicher gez. S., 4

Paar wollene Strümpfe, 10 Taschenlöffel gez. R. S. und

M. S., 1 Reisezeug, vernichtet, 1 Bettlaken gez. R. S.,

1 graue Tuchmühle, 1 Abgangzeugniss, 1 Ge-

sellenzeugniss auf den Namen Hin, 1 Schachtel Krägen und

Manschetten, 2 Unterjachen, 1 Unterlage, 1 schwarzer

Plüschmantel mit rotem Flanell gefüttert, für 1 Mädchen von 9 Jahren, 1 schwarzer Doublettsmantel, worn ein

Stück eingeschnitten für 1 Mädchen von 13 Jahren, 1

schwarzes Barettkleid mit schwarzen Sammel- und

Perlenbesatz, 1 kurzes schwarzes Jaquet mit rotem

Futter, 1 gelbe wollene Pferdebedecke, 1 messing. Schieble-

lampe, 2 hohe messing. Leuchter, 1 Paar Mäulgarben, 1

Kochbuch, 1 messing. Theekessel, 1 Kaffeekanne, 1

Plätzchen, 1 Schreibzeug, 1 silb. Leuchter, 1 blaue

Schürze, 1 schwarzer Rock, 2 Bilder. — Gefunden:

1 Maulkorb auf der Langasse, 1 Damen-Büsmäppchen vor dem Stadttheater; abzuholen von der Polizeidirection hier.

\* [Schneek.] 6. März. Die Schneeverwehungen auf

der Strecke von Hohenstein bis hier sind seit Freitag,

den 2. d. derart, daß sie jeder Beschreibung spotten.

Seit genanntem Tage sind weder Jüge von Berent

noch von Hohenstein eingetroffen, so daß wir seit jenem

Tage von allem Verkehr abgeschnitten waren. Selbst

mit Schlitten war weder auf der Chaussee noch auf

Landwegen vorwärts zu kommen.

\* [Gruhn, 4. März.] Der Eisenbahnverkehr zwischen

Gruhn und Marienburg war seit gestern gänzlich unter-

brochen, und es ist trotz der zahlreichen Arbeitskräfte

bis heute Mittag nicht gelungen, die Schneemassen

vom Schienengleise zu beseitigen. Auf der Bahnhofsstrecke

Marienwerder-Gruhn vermochten die Jüge sich gestern

mit großer Mühe noch durcharbeiten, heute dagegen

trat auf dieser Linie ebenfalls Verkehrsstockung ein,

indem kurz vor Hintersee der Frühzug in einer

Schneechange stehen blieb. Gähnende waren die

Passagiere dieses Zuges daran, welche bei dem schneiden

Nordostwinde der Befreiung aus ihrer übeln

Lage harren. Dank der Liebenswürdigkeit des Herrn

Rittergutsbesitzers v. Donimirski auf Hintersee, der

schnell Kunde von der unangenehmen Situation der

Reisenden erhielt, konnten dieselben vom nahen Güte

aus eilige mit warmem Getränk und nicht weit vom

Dose sich hinwegwagt, ist doch schon die Kunde zu uns

gedrungen, daß viele Gebäude der im Thale gelegenen

Dörfer des hiesigen Kreises bis unter das Dach

eingeschneit sind.

\* [Vorlesungen.] Der Postsecretär Fuhr in

Marienwerder ist zum 1. April nach Danzig versetzt und der bisherige Kreis-Schulinspector Dr. Charka zu Pr. Stargard dem Vernehmen nach zum Director des

Lehrer-Seminars in Berent ernannt.

\* [Patent.] Von den Herren Oberstleutnant

v. Flotow und h. Leibig, Director beziehungsweise

Ingenieur bei der hiesigen Gewehr- und Munitions-

fabrik sind Patente angemeldet auf eine Althüttenmaschine

zur Herstellung von Röhren und auf eine Neuerung an

dem Fahrzeug zum Ziehen konischer Röhren.

\* [Schwurgericht.] Nach Feststellung der Namen

der Geschworenen ergab sich heute, daß einschließlich

der gestern euberufenen Hülfeschworenen 31 Herren

anwesend waren; in Folge dessen wurde Herr Kauf-

mann Bindel wieder für die ganze Schw

